

Die EU-Ratspräsidentschaft

Deutschlands Vorsitz 2020



Informationen:

Die wichtigsten Institutionen der EU



Rat der EU / Ministerrat

Wer: je ein*e Minister*in aus jedem EU-Mitgliedsstaat
Was: Gesetzgebung und Haushalt (mit dem Parlament); gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
Wie: verschiedene Zusammensetzungen je nach Thema; z. B. alle Umweltminister*innen oder alle Justizminister*innen treffen sich in Brüssel oder Luxemburg. Viele Beschlüsse werden mit „doppelter Mehrheit“ gefällig: 55% der Mitgliedstaaten, in denen 65% der gesamten Bevölkerung Europas leben, müssen zustimmen.



Europäischer Rat

Wer: alle Staats- und Regierungschef*innen der 27 Mitgliedsstaaten
Was: Festlegung der grundsätzlichen Ziele der EU
Wie: mindestens vier Gipfeltreffen pro Jahr in Brüssel oder Luxemburg



Europäische Kommission

Wer: ein*e Kommissar*in aus jedem EU-Mitgliedsstaat
Was: u. a. Vorschläge für neue „Gesetze“; Durchsetzung des EU-Rechts (*Hüterin der Verträge*)
Wie: jede*r Kommissar*in betreut ein eigenes Themengebiet (z. B. Landwirtschaft, Digitalisierung, Verkehr ...); bei wöchentlichen Treffen in Brüssel wird gemeinsam entschieden



Europäisches Parlament

Wer: 705 direkt gewählte Abgeordnete (je nach Bevölkerungsanzahl bekommt jedes Land zwischen 6 und 96 Sitzen)
Was: u. a. Gesetzgebung und Haushalt (mit dem Ministerrat); Wahl des/der Kommissionspräsident*in
Wie: Arbeit in Ausschüssen und Plenarsitzungen in Straßburg und Brüssel



Informationen:

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union, dem sogenannten Ministerrat, wechselt alle sechs Monate. Das heißt, die EU-Mitgliedsstaaten übernehmen nacheinander die Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr. Damit Themen langfristiger geplant werden können, schließen sich immer drei Länder zu einem „Dreiervorsitz“, der „Trio-Präsidentschaft“, zusammen. Sie entwickeln ein gemeinsames Programm mit den wichtigsten Themen für die nächsten eineinhalb Jahre.

Die Ratspräsidentschaft muss die Sitzungen des Rats organisieren und leiten. Die großen Tagungen der Minister*innen werden intensiv vorbereitet, durch wöchentliche Sitzungen der „Ständigen Vertreter*innen“ und durch rund 300 Arbeitsgruppen. Insgesamt müssen in den sechs Monaten der Ratspräsidentschaft ca. 1500 Sitzungen organisiert werden.

Die Ratspräsidentschaft bedeutet, dass das Land seine eigenen Interessen zurückstellen und als neutraler Vermittler Kompromisse zwischen allen Mitgliedsstaaten erreichen muss. Außerdem vertritt die Ratspräsidentschaft den Ministerrat gegenüber den anderen Organen der EU, zum Beispiel im Gesetzgebungsverfahren gegenüber dem Europäischen Parlament. Das bedeutet, dass die Ratspräsidentschaft erstens eine Entscheidung in den Sitzungen des Ministerrats herbeiführen muss, die von allen 27 Mitgliedstaaten akzeptiert wird. Zweitens muss diese Entscheidung mit dem Parlament – das oft ganz andere Interessen vertritt als der Ministerrat – verhandelt werden.

*Eine Besonderheit gilt für den "Allgemeinen Rat der Außenminister":
Hier hat immer der/die „Hohe*r Vertreter*in für Außen- und
Sicherheitspolitik“ den Vorsitz.*



Josep Borrell, Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik
Quelle: consilium.europa.eu

Die EU-Ratspräsidentschaft

Deutschlands Vorsitz 2020



Informationen:

Die deutsche Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Dann beginnt auch die gemeinsame Triopräsidentschaft mit Portugal und Slowenien. Das Programm für diese Zeit wurde zwei Jahre lang intensiv vorbereitet. Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie veränderten sich allerdings sowohl die organisatorischen Rahmenbedingungen als auch zum Teil die inhaltlichen Schwerpunkte.

Bis Ende des Jahres müssen die Verhandlungen über den „Mehrjährigen Finanzrahmen“ von 2021 bis 2027 abgeschlossen sein. Das bedeutet, dass sich die Mitgliedstaaten einigen müssen, wie viel Geld jeder Staat in die Finanztöpfe der EU einahlt und wer dieses Geld wofür bekommt. Zusätzlich müssen sich die Mitgliedsstaaten auf einen Covid-19-Wiederaufbau-Fonds, also Hilfszahlungen für besonders von der Pandemie betroffene Staaten, einigen.

Eine weitere wichtige Angelegenheit ist die Brexit-Verhandlung. Bis Ende des Jahres müssen neue Regeln in allen Bereichen der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beschlossen werden: von Handel über Umweltschutz bis hin zu Urlaubsvisa.

Im Bereich Klimaschutz hat sich Deutschland vorgenommen, den „European Green Deal“ voranzutreiben. Die Kommission hat den Plan entwickelt, u. a. bis 2050 keine Treibhausgase in der EU mehr auszustoßen, also klimaneutral zu werden.

Auch Europas Rolle in der Welt steht auf der Agenda. In Konferenzen mit China soll es z. B. um faire Handelsbeziehungen und Menschenrechte gehen, beim Afrika-Gipfel stehen die Entwicklungszusammenarbeit und die Migration im Vordergrund.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld ist die Digitalisierung. Hier geht es zum Beispiel um Cybersicherheit, digitale Bildung oder künstliche Intelligenz.

Darüber hinaus gibt es unzählige weitere Forderungen, worum sich die Europäische Union kümmern sollte, beispielsweise um ein gemeinsames Asylsystem, die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fake News und Hetze im Netz, um eine bessere europäische Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik, eine gerechte Besteuerung großer Unternehmen oder die Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards in allen Mitgliedsstaaten.

Die EU-Ratspräsidentschaft

Deutschlands Vorsitz 2020



Informationen:

Die deutsche Ratspräsidentschaft

- Unterstreiche im Text „Die deutsche Ratspräsidentschaft“ die Themen, um die sich Deutschland während der Ratspräsidentschaft kümmern muss.
- Entscheide dich für die deiner Meinung nach wichtigsten drei Themen und erstelle eine Rangfolge in untenstehender Tabelle. Du kannst auch weitere, nicht im Text aufgeführte Themen aufnehmen.
- Arbeitet in kleinen Gruppen. Diskutiert eure Entscheidungen und einigt euch auf eine gemeinsame Rangfolge.

Thema	Eigene Top Drei	Gemeinsame Top Drei
EU-China-Gipfel		
Europäisches Asylsystem		
Mehrjähriger Finanzrahmen		
Digitalisierung		
European Green Deal		
EU-Afrika-Gipfel		
Brexit-Verhandlungen		
Covid-19-Wiederaufbau-Fonds		